LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/12792**

31.08.2016

Antrag

der Fraktion der CDU

Olympische Spiele 2028 in Nordrhein-Westfalen – Ein Signal des Aufbruchs zum deutschen Sportland Nr.1!

I. Ausgangslage

Am 31. Juli 2016 regte der Sport- und Eventmanager Michael Mronz eine Bewerbung der Metropolregion Rhein-Ruhr für die Olympischen Sommerspiele an. Mronz begründete seine Idee wie folgt: Mit einer „Rhein-Ruhr Olympic City 2028“ bestünde die Möglichkeit, Olympische Spiele zu organisieren, wie sie es sonst weltweit nicht gäbe. Vor allem die vielen bereits vorhandenen Sportstätten sprächen für eine Bewerbung der Region Rhein-Ruhr. Dieses Modell sei nicht nur aus sportlicher und organisatorischer, sondern auch aus kultureller und politischer Perspektive interessant.

Die SPD-Landtagsfraktion verkündete daraufhin, dass eine Bewerbung „überhaupt kein Thema“ und „realitätsfern“ sei. Die nordrhein-westfälische Sportministerin Christina Kampmann wollte sich dazu öffentlich nicht äußern. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Armin Laschet, bezeichnete die Idee gegenüber den Aachener Nachrichten am 2. August hingegen als „eine großartige Vision“.

Am grundsätzlichen Ziel des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Olympische und Paralympische Spiele wieder nach Deutschland zu holen, hat sich trotz des Scheiterns der Hamburger Bewerbung Ende 2015 bis heute nichts geändert. Der DOSB hatte am 4. April 2014 bei einer Klausurtagung beschlossen, eine Bewerbung für die Spiele 2024 oder 2028 einzuleiten. Im Beschluss heißt es: „Wie das überwältigende öffentliche Interesse an den Olympischen Spielen zuletzt in den Jahren 2012 und 2014 wieder beweist, ist die Idee, Olympische Spiele ins eigene Land zu holen, nach wie vor faszinierend.“ Allerdings bedürfe eine Bewerbung einer „intensiven Vorbereitung“, die die „bestehenden Sorgen und Bedenken der Bürger/innen ernst nimmt und auf sie adäquate Antworten gibt“. Der DOSB werde die Vertreter der Zivilgesellschaft sowie aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu einem „Dialog über die Zukunft von Sportgroßveranstaltungen in Deutschland“ einladen.

Datum des Originals: 31.08.2016/Ausgegeben: 31.08.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Allerdings teilte DOSB-Chef Michael Vesper dem Kölner Stadt-Anzeiger (16.08.2016) mit, dass der DOSB momentan keine Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele plane. Nach den gescheiterten Bewerbungen für die Winterspiele 2022 in München und die Sommerspiele 2024 in Hamburg sei dies aber auch noch nicht erforderlich. Man spreche mit Blick auf eine neue Bewerbung „wenn überhaupt, von den Sommerspielen von 2028." Ein möglicher Bewerbungsprozess könne, so Vesper, frühestens neun Jahre vor diesem Termin beginnen. Die Austragung der Olympischen Spiele 2028 wird vom IOC im Jahr 2021 vergeben.

Damit ist mehr als ausreichend Zeit vorhanden, um in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ausführlich über eine Bewerbung Nordrhein-Westfalens um die Olympischen Spiele 2028 zu debattieren und die Chancen unseres Bundeslandes auszuloten. Denn für die Austragung sportlicher Großveranstaltungen wie den Olympischen Spielen bietet unser Bundesland ideale Basisvoraussetzungen. Nach verschiedenen Angaben gibt es in den Regionen Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen bereits rund 70 Prozent der dafür erforderlichen Sportstätten. Nur in einem maßvollen Rahmen müssten daher zusätzliche neue Sportstätten gebaut werden. Zudem könnte mit Blick auf eine Bewerbung auch auf einen gewissen Erfahrungsschatz zurückgegriffen werden. Denn bereits im Jahr 2000 entstand die Idee, sich unter dem Slogan „Unsere Spiele – so bunt wie die Welt" mit der Region Rhein-Ruhr für die Olympischen und die Paralympischen Spiele 2012 zu bewerben. Der Landtag fasste 2003 einen entsprechenden Beschluss für die Kandidatur. Im bundesdeutschen Entscheid konnte sich am Ende allerdings Leipzig durchsetzen.

Nordrhein-Westfalen könnte mit einer Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele ein Zeichen setzen. Dem zunehmenden Gigantismus bei Sportgroßveranstaltungen könnte eine nordrhein-westfälische Bewerbung einen kompakten Ansatz entgegensetzen. Ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit können zu einem Markenzeichen solcher Spiele werden. Deutschland, insbesondere auch Nordrhein-Westfalen, hat 2006 mit der Fußballweltmeisterschaft gezeigt, dass es Großveranstaltungen erfolgreich ausrichten kann.

Zudem böten Olympische Spiele Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, sich als guter Gastgeber für die Sportler und Besucher aus aller Welt zu präsentieren. Die Olympischen und Paralympischen Spiele sind das größte Sportereignis, ein Fest des Friedens, der Freundschaft und der Völkerverständigung. Sie werden von Milliarden von Zuschauern der Welt verfolgt. Erfolgreiche Olympische Spiele wären ein riesiger Imagegewinn für unser Bundesland. Die Kandidatur würde zudem neue Impulse in der Stadtentwicklungs- und Infrastrukturpolitik freisetzen. Zudem würde nicht nur der Spitzensport, sondern auch der Breitensport in seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung in den Fokus rücken.

Klar ist aber: eine Bewerbung kann nur erfolgreich sein, wenn sie im engen Verbund von Sport, Verbänden, Politik, Wirtschaft und Akteuren der Bürgergesellschaft erfolgt und als gemeinsame, nationale Aufgabe verstanden wird. Bei aller Sportbegeisterung der Menschen in Nordrhein-Westfalen darf die Zustimmung der Bürgergesellschaft zu einer Bewerbung nicht einfach vorausgesetzt werden. Die Akzeptanz der Bürger muss mit guten Argumenten gewonnen und dann durch nachhaltige Planungen und Konzepte erhalten werden.

II. Beschlussfassung

Der Landtag begrüßt und unterstützt die Initiativen aus der Bürgerschaft, die sich für eine nordrhein-westfälische Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele des Jahres 2028 ausgesprochen haben.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
André Kuper
Holger Müller
Axel Wirtz

und Fraktion